

ÖDP, Neckarstr. 27-29, 55118 Mainz

Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke
Baden-Württemberg e.V.
Frau Julia Neff
Schulstr. 1
72221 Oberschwandorf

Mainz, den 04.07.2017

Sehr geehrte Frau Neff,
sehr geehrter Herr Dr. Berg,
sehr geehrte Damen und Herren
der „Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg eV“ AWK,

herzlichen Dank für Ihren Brief vom Juni 2017!

Danke, dass Sie die ÖDP in Ihre Wahlprüfsteine mit einbeziehen. Das ist nicht unbedingt üblich. Viele Verbände beschränken sich auf die im Bundestag vertretenen Parteien; oftmals auch auf FDP und AfD, weil diese beiden Parteien bei Umfragen nahe oder über 5 Prozent verortet werden.

Aufgrund einer kurzfristigen Erkrankung unserer Bundesvorsitzenden kommen wir leider erst heute dazu, Ihre Fragen zu beantworten, was wir hiermit gerne tun:

1. Die ÖDP strebt eine Vereinfachung des „Erneuerbare Energien Gesetzes“ EEG an. Als Vorbild betrachtet die ÖDP dabei das Stromeinspeisungsgesetz von 1991: Kurz, klar, konkret. Grundsätzlich muss gelten: Vorfahrt für Strom aus Erneuerbaren Energien ins Stromnetz – gegenüber ‚atomar-fossilen‘ Energieträgern. Vorrang strebt die ÖDP ebenfalls beim Wärmemarkt an – Stichwort Gasnetz. Das gefährliche Atomabendteuer möchte die ÖDP schneller beenden und den Kohleausstieg bis spätestens 2030.

2. Die ÖDP war im Württembergischen Allgäu die erste politische Partei, die das 2009 frisch optimierte Kleinwasserkraftwerk von Hubert Winter in Wangen-Beutelsau öffentlich besuchte. Dort durften die Teilnehmenden erfahren:

doppelt so viel Strom aus Wasserkraft ist auch dann möglich, wenn die Anlagen „ökologisiert“ werden.

Ähnliches sah die „große Politik“ (Kretschmann/Merkel) im Rheinkraftwerk Rheinfeldern, wo es um etwa 2010 zu einer Verdreifachung der Strommenge durch einen Neubau (anstelle Altbau) kam.

ÖDP-Mitglieder vor Ort berichten ihrer Partei von weiteren Möglichkeiten, mehr Strom aus Wasserkraft zu gewinnen – neuerdings auch mehr aus Trink- und Abwasser-Leitungs-Systemen. Deshalb geht die ÖDP konkret und realistisch davon aus, dass sich die Strommenge aus Wasserkraft in Deutschland noch verdoppeln lässt.

3. Die ÖDP tritt dafür ein, staatliche Hilfgelder (also Subventionen) für nicht-erneuerbare Energien komplett abzuschaffen. Und zwar auch indirekte Subventionen, die sich etwa in Ausgaben für Ölkriege wie dem

**ÖDP Bundes- und
Kommunalpolitisches
Büro**

Dr. Claudius Moseler
ÖDP-Generalsekretär

Neckarstraße 27 - 29
55118 Mainz
Tel. 06131/679820
Fax. 06131/679815

politik@oedp.de
www.oedp.de

Bundeswehreinsatz in Afghanistan oder der Bundeswehr-Teilnahme am Krieg in Syrien auswirken.

Sobald diese Milliarden und Abermilliarden an Steuergeldern nicht mehr in „atomar-fossile“ Energien gesteckt werden, wirken Erneuerbare Energien noch konkurrenzfähiger als heute.

Aufgrund eigener Erfahrungen von Mitgliedern geht die ÖDP davon aus, dass gerade Photovoltaik-Strom heute – ohne staatliche Erdrosselungs-Gebühren wie die EEG-Umlage – schon deutlich billiger kommt als Strom aus ‚atomar-fossilen‘ Energien.

Dabei betont die ÖDP nochmals Punkt 1: Vorfahrt und Vorrang für Erneuerbare Energien in (teil-)öffentlichen Netzen – wie Stromleitungen und Gasnetze.

Die ÖDP strebt eine rasche Ablösung von „atomar-fossilen“ Kraftwerken durch Erneuerbare Energien an. Im Strombereich hält die ÖDP dies bis 2030 für möglich.

Mit ein Grund, warum die ÖDP etwa bei Koalitionsverhandlungen im Münchner Stadtrat lieber „außen vor“ blieb, als dem Neubau eines Kohlekraftwerks zuzustimmen. Selbstverständlich müssen „atomar-fossile“ Kraftwerke **jetzt** endlich auch für all die von ihnen verursachten Schäden aufkommen.

Dies betrifft sowohl Feinstaubschäden als auch Klimafolgeschäden. Eine entsprechende CO₂-Steuer je Menge in die Umwelt gebrachten schadhaften CO₂ hält die ÖDP für sinnvoll. Die ÖDP geht davon aus, dass „klimaneutral“ eingebrachtem CO₂ keine Klima-Schadens-Wirkung zugemessen wird – etwa aus Biogasanlagen.

Die ÖDP erkennt keinen vernünftigen Grund dafür, dass Kohlekraftwerke in Deutschland weniger „scharfen“ Umweltbestimmungen unterliegen sollen wie denen der USA unter Barack Obama.

Die ÖDP geht von der Erkenntnis aus, dass Erneuerbare Energien billiger und daher marktfähiger als „atomar-fossile“ Energien sind, wenn „atomar fossile“ alle Folgekosten selbst tragen müssen, keine Subventionen mehr erhalten und Erneuerbare Energien diskriminierungsfrei in die Netze gebracht werden dürfen.

Solange dies nicht vollständig erreicht ist, hält die ÖDP gesetzlich geschützte Mindest-Vergütungs-Regeln wie im EEG von vor 2010 für notwendig. Dabei sind allerdings Produktions-Kosten-Senkungen für Strom aus Erneuerbaren Energien (wie etwa der Photovoltaik) mit zu berücksichtigen. Dementsprechend hält die ÖDP auch Höher-Vergütungen für Kleinwasserkraftwerke für geboten. Diskriminierungen wie die „EEG-Umlage“ für Photovoltaikanlagen über 10 kWp sind sofort ab zu schaffen. Ähnliche Behinderungen – etwa beim Verkauf von Strom an nahe Kundschaft – sind ebenso zu streichen.

4. Die ÖDP lehnt aufgrund schlechter Erfahrungen mit solchen „Ausschreibungsmodellen“ diese ab und setzt sich für den Erhalt des EEG in

seiner Grundform von vor 2010 ein – vergleiche Punkt 3. Als Kleinpartei kann die ÖDP nicht alle politischen Ziele so leicht erreichen wie Großparteien. Andererseits schließt die ÖDP als Bayerns stärkste – Volksentscheid-erfahrene Oppositionspartei nicht aus, über direkte Volksabstimmungen Behinderungen Erneuerbarer Energien zu anzugehen.

5. Wie in 2 geschildert, sieht die ÖDP bei der Wasserkraft die Chance einer Verdoppelung der Strommenge. Dort, wo die ÖDP in Parlamenten sitzt, versuchen einzelne unserer Mandatsträgerinnen oder Mandatsträger bereits jetzt, die gesetzlich vorgeschriebene Einhaltung des WHG § 35 ein zu fordern. Dabei bemängelt die ÖDP in Baden-Württemberg, dass bei solchen behördlichen Überprüfungen von Stauanlagen gemäß § 35 WHG die amtliche Berücksichtigung von bürgerschaftlichem Sachverstand oder die Beteiligung von Wasserkrafftachleuten erkennbar fehlt. Die ÖDP wirft daher etwa der ehemaligen „grün-roten“ Landesregierung von Baden-Württemberg (2011-2016) vor, den WHG-§-35 im Gegenteil dessen ausgeführt zu haben, was der Paragraph vorschreibt. Hier bedarf es einer möglichst ortsnahe Überprüfung und Korrektur mit bürgerschaftlich-fachlichem Sachverstand.

6. Die ÖDP steht für den Schutz natürlich vorhandener Grundlagen. Die ÖDP verfolgt den Grundsatz Mahatma Gandhis: „Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.“ Daher erkennt die ÖDP auch keinen Sinn darin, natürlich vorhandene Fischbestände durch „Besatz“ fremder Fischarten zu verdrängen oder zu bedrohen.

7. Wie in 6 ausgeführt: Es reicht für alle, nur nicht für jedermanns Gier. Trophäen-Fischerei etwa betrachtet die ÖDP dabei eher als Ausdruck von Gier nach Prahlerei, denn als Beitrag zur Ernährung. Deshalb hält die ÖDP zeitweilige, teils auch mehrjährige Angelverbote für gewisse Gewässerabschnitte für sinnvoll. Allerdings sollte dabei zunächst ein Einvernehmen mit den Fischereiberechtigten erzielt werden. Erst wenn dieses nicht zum Angelverzicht führt, wären staatliche Beschränkungsvorschriften zu vollziehen. Ziel: Freiwilligkeit vor staatlicher Anordnung.

Anstelle oder in Ergänzung eines zeitweiligen, versuchsweise, teils mehrjährigen Angelverbots regt die ÖDP auch eine Fischereiminderung in den davon betroffenen Bächen und Flüssen an. Etwa durch Beschränkung auf Fische, die nicht aus Besatz stammen. Oder und auf eine Beschränkung der Fangmengen. Dies auch deshalb, weil die ÖDP keinen Sinn darin erkennt, Fischereiberechtigten, die sich bereits heute artgerecht und Fischereifreundlich verhalten, für die Fehler anderer Anglerinnen und Angler „abzustrafen.“

8. Neben der Berücksichtigung von Äußerungen der Fischereivertreter halten wir die amtliche Berücksichtigung von Stellungnahmen der Fachleute für Erneuerbare Energien für selbstverständlich geboten. Allerdings schwebt der ÖDP dabei eher ein Gesetz ähnlich der Regelung der Tätigkeiten von „Umweltgutachtern“ für Wasserkraftfragen im EEG 2012 vor als zusätzlich kostentreibende Personalstellen in Behörden.

9/10. Etliche Aktive aus KMUs und bürgerschaftlichen Energiegenossenschaften sind aktive ÖDP-Mitglieder. Daher befindet sich die ÖDP in intensivem Informations- und Meinungs Austausch mit mehrerlei

„Prosumern“ – also sowohl Herstellenden als auch Konsumierenden von Strom aus Erneuerbaren Energien. Auch mit örtlichen Bürger-Energie-Gesellschaften und örtlich erneuerbaren Stromanbietern.

Die ÖDP ist mit ihrer organisatorischen Kraft und Erfahrung für und zu Bürger- und Volksentscheiden **die** Partei direkt bürgerschaftlichen Willens. Auf diesem Weg hat die ÖDP Bayern etwa verhindert, dass die CSU-geführte Bayerische Staatsregierung neue Flächen für Atomkraftwerke im Landesentwicklungsplan auswies.

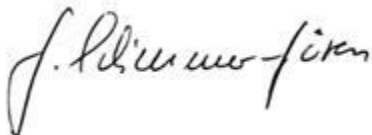
Die ÖDP strebt – wie oben geschildert – eine Vereinfachung und Verklarung der EEG-Bestimmungen ähnlich dem Stromeinspeisegesetz von 1991 an (gedruckt auf wenigen Seiten). Außerdem spricht sich die ÖDP für eine rasche Streichung von Subventionen für „atomar-fossile“ Energien aus. Schließlich setzt sich die ÖDP für einen diskriminierungsfreien Betrieb von Erneuerbar-Energie-Kraftwerken und eine ebenso diskriminierungsfreie Einspeisung aus diesen in die Netze ein. Gerade hier melden sich ÖDP-Mandatsträgerinnen und –Mandatsträger vor Ort (etwa in Kreistagen) immer wieder klar zu Wort. Auch wenn es um konkrete Wasserkraftanlagen geht.

Sollten Herstellungsbetriebe von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien auf die ÖDP zukommen, um etwa eine gleichberechtigt diskriminierungsfreiere Durchleitung ihrer Energieerträge durch „allgemeine“ Netze gewährt zu bekommen, sieht sich die ÖDP offen für sinnvolle Vorschläge. So wäre etwa zu überprüfen, ob klar geregelte Netzentgelte (nach Meter Länge Netz?) einer nachbarschaftlichen, örtlichen und regionalen Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien zu mehr Erfolg verhelfen könnten.

Diese naheliegend naturnahe Energieversorgung strebt die ÖDP an. Zu dieser könnten auch Besservergütungen für speicherbare Erneuerbare Energieträger wie Biogas oder gestauter Wasserkraft beitragen.

Wir wünschen der erneuerbaren Stromgewinnung Ihrer AWK-Verbandsmitglieder viel Erfolg!

Mit Dank für Ihre Aufmerksamkeit
grüßt Sie freundlich



Gabriela Schimmer-Göresz

Bundesvorsitzende
Ökologisch-Demokratische Partei, ÖDP